

*Wird Obama den ständig steigenden Einfluss des Pentagons auf die US-Politik beschneiden oder den Marsch der Vereinigten Staaten in eine offene Militärdiktatur beschleunigen?*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 263/08 – 28.12.08**

## **Das Pentagon mischt überall mit. Es wird Zeit, die schleichende Machtergreifung zu stoppen!**

Von Thomas A. Schweich

WASHINGTON POST, 21.12.08

( <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/12/19/AR2008121902748.html> )

**Wir werden nicht mehr von Zivilisten regiert. Weil ich der Sohn eines Air Force-Colonels im Ruhestand und von Geburt an Republikaner bin, fällt es mir schwer, das zu sagen, aber das fatalste Erbe der Bush-Administration sind die Eingriffe des Verteidigungsministeriums in eine erschreckende Anzahl von Angelegenheiten, über die allein eine von Zivilisten geführte Regierung zu entscheiden hat. Deshalb ist unsere Verfassung in Gefahr.**

**Die Absicht des gewählten Präsidenten Barack Obama, James L. Jones, einen Vier-Sterne-General der Marines im Ruhestand, zu seinem Nationalen Sicherheitsberater und, wie es scheint, Denis C. Blair, einer Admiral der Navy im Ruhestand, zu seinem Direktor der Nationalen Geheimdienste zu berufen, kann für die neue Administration eine wichtige Chance, aber auch ein großes Risiko sein. Diese Ernennungen könnten dazu dienen, mit Hilfe der angesehenen Militärs den gegenwärtigen Trend des Pentagons – immer mehr zivile Positionen in der Regierung an sich zu reißen – zu stoppen, oder sie könnten den sich in aller Stille vollziehenden Militärputsch vollenden, der sich, unbeachtet von den meisten Amerikanern und den Medien, nach und nach angebahnt hat.**

Da ich in den letzten vier Jahren mehrere bedeutende Funktionen im Außenministerium innehatte, konnte ich aus nächster Nähe die tatsächliche Übernahme großer Bereiche der US-Regierung durch das Militär verfolgen. **Die ersten Anschläge auf die zivile Regierung ereigneten sich in fernen Ländern – im Irak und in Afghanistan – und waren theoretisch noch durch die Notwendigkeiten des Krieges gerechtfertigt.**

Das Weiße Haus hat das Verteidigungsministerium bei der Vergabe der Haushaltsmittel so bevorzugt, dass für die Bemühungen des Außenministeriums, des Justizministeriums und des Entwicklungshilfeministeriums, in den vom Krieg zerrütteten Ländern die Polizei aufzubauen, ein funktionierendes Rechtssystem zu errichten und Entwicklungshilfe zu leisten, viel zu wenig Geld zur Verfügung stand. Nach dem Einmarsch in den Irak im Jahr 2003 haben zum Beispiel das Justiz- und das Außenministerium mindestens 6.000 Polizeiausbilder für das Land gefordert. Vertreter des Pentagons zweifelten gegenüber einigen meiner damaligen Mitarbeiter diese Anzahl als zu hoch an. Im April letzten Jahres sagte Gerald F. Burke, ein Major der Polizei des Staates Massachusetts im Ruhestand, der von 2003 bis 2006 irakische Polizisten ausbildete, vor dem Kongress aus, die Forderung der Zivilisten (aus Justiz- und Außenministerium) sei von "besser bezahlten Entscheidungsträgern auf 1.500 Ausbilder beschnitten worden". Am Ende hätten vor Ort sogar nur einige Hundert Ausbilder zur Verfügung gestanden, stellte Burke fest.

Das Außenministerium hat nach Angaben seiner für internationale Rauschgift- und Strafverfolgungsprobleme zuständigen Abteilung bis zu diesem Jahr durchschnittlich 40 Millionen Dollar jährlich für den Aufbau eines Rechtsstaats in Afghanistan erhalten – während dem Pentagon für den Aufbau der afghanischen Armee gleichzeitig Milliarden zur Verfügung standen. Unter dem damaligen Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld hat es sein Ministerium nicht geschafft, für die Sicherheit der geringen Anzahl ziviler Polizeiausbilder, juristischer Berater und Entwicklungshelfer anderer US-Organisationen in Afghanistan und im Irak zu sorgen; damit wurden Sicherheitsfirmen wie BLACKWATER WORLDWIDE beauftragt. Als die Bemühungen anderer Ministerien zum Aufbau der Polizei – wie nicht anders zu erwarten – gescheitert waren, beklagten sich militärische Führer (aus dem Pentagon) über deren Versagen und rissen nach harten Auseinandersetzungen im Weißen Haus die Polizeiausbildung an sich.

Die alleinige Zuständigkeit des Pentagons für die Ausbildungsprogramme der Polizei konnte nur zu folgendem Ergebnis führen: Die örtlichen Polizeieinheiten im Irak und in Afghanistan wurden unnötigerweise militarisiert, und die Polizisten gleichen eher Milizionären als ganz normalen Ordnungshütern. Die Polizeikräfte sind paramilitärische Gruppierungen und so gut mit US-Waffen ausgestattet, dass sie eine Gefahr für die entstehenden Demokratien im Irak und in Afghanistan sind, wenn wir einmal abziehen.

Ein weiteres durch den wachsenden Einfluss des Pentagons entstandenes Problem ist das Versagen im Kampf gegen den Mohnanbau und die Heroin-Produktion in Afghanistan. Dieses Fiasko ist in großen Teilen das Ergebnis der Arbeit von Militärpersonen, die keine Experten sind, den zerstörerischen Einfluss des Heroin-Handels auf unsere Wiederaufbaubemühungen in Afghanistan verkannten und es versäumten, die zivilen Programme gegen die Rauschgift-Herstellung zu unterstützen. Während meiner Amtszeit als Anti-Drogenbeauftragter der Bush-Administration in Afghanistan habe ich auch Offiziere des Judge Advocate General's Corps / JAG (Militärrichter und -Anwälte) erlebt, die eigene, nachweislich unqualifizierte afghanische "Rechtsexperten" – sogar ohne juristische Ausbildung – engagierten und außerhalb des international vereinbarten, unter afghanischer Verantwortung durchgeführten Programms zu Einführung eines Rechtssystems operierten. Das führte nur zu Konfusion und zu Widersprüchen.

**Der wachsende Einfluss des Pentagons ist auch an der Schaffung eines US-Militärkommandos für Afrika zu erkennen, das den Namen AFRICOM trägt.** Dieses neue Kommando soll einen doppelten zivil-militärischen Zweck verfolgen und Soft Power (Einflussnahme durch Entwicklungshilfe) mit traditioneller Hard Power (Militärmacht) koordinieren, um zu verhindern, dass Al-Qaida oder verbündete Organisationen auf dem afrikanischen Kontinent Fuß fassen. Aber AFRICOM ist im postkolonialen Afrika nicht willkommen. Mittlerweile betreiben US-Konkurrenten wie China große Entwicklungsprojekte in Afrika und werden mit offenen Armen empfangen. Die Bush-Administration hat große Erfolge mit ihren Anti-AIDS- und anderen Gesundheitsprogrammen in Afrika gehabt. Warum brauchen wir also ein Militärkommando, um zivile Entwicklungsprogramme durchzuführen, die auch unter Aufsicht angesehener US-Botschaften oder -Hilfsorganisationen laufen könnten?

**Eigentlich brauche ich auf das (allgemein bekannte) schlimmste Beispiel der wachsenden Einmischung des Militärs überhaupt nicht einzugehen: auf den Schaden, den Militärgerichte in der Guantánamo Bay auf Kuba und Militärgefängnisse wie Abu Ghraib dem Ansehen der Vereinigten Staaten auf der ganzen Welt zugefügt haben.**

**Die bisher angeführte Übernahme ziviler Funktionen durch das US-Militär haben alle weit weg von zu Hause stattgefunden.** "Wir befinden uns schließlich in einem Krieg,"

sagte mir Ronald Neumann, ein früherer US-Botschafter in Afghanistan, als er mir im Jahr 2007 die dominierende Rolle beschrieb, die das Militär in diesem Land spielte. Kurz danach sorgte das Pentagon dafür, dass er von seinem Posten entfernt wurde, weil er bewundernswert versuchte, eine Balance zwischen zivilen und militärischen Erfordernissen herzustellen. (Mir sind genügend wütende Kommentare – u. a. auch von einem informierten höheren Diplomaten – über die Rolle des Pentagons bei der "Ruhestandsversetzung" Neumanns zu Ohren gekommen.) **Aber unsere Militärs haben im übertragenen Sinne auch zum Marsch auf Washington geblasen.**

Weil Offiziere zunehmend in die Rolle schlüpfen wollen, die Entwicklungsexperten im Ausland spielen, unterwanderten Pentagon-Bürokraten in aller Stille den National Security Council (den Nationalen Sicherheitsrat) mit ihren eigenen Leuten – mit einigen Zivilisten, einigen Beratern, einigen Offizieren im Ruhestand und einigen in Teilzeit vom Pentagon abgeordneten Offizieren – um sicherzustellen, dass das Verteidigungsministerium rivalisierende Ministerien im Auge behalten konnte. Vizepräsident Cheney, der früher selbst einmal Verteidigungsminister war, und sein guter Freund Rumsfeld sicherten den Erfolg dieser Unterwanderung durch einige sehr wirksame Mittel. Mindestens zweimal erlebte ich mit, wie Leute aus dem Stab Cheneys unangekündigt bei Treffen im Außenministerium auftauchten, und hörte auch andere Mitarbeiter des Außenministeriums über diese Angelegenheit murren. Rumsfelds Abgesandte kämpften mit harten Bandagen und ließen sogar manchmal Ergebnisse geheimer Treffen, die ihnen nicht schmeckten, an die Presse durchsickern, um Entscheidungen wieder zu kippen. Als ich von der Abneigung des Pentagons gegen die interministeriell vereinbarte gemeinsame Anti-Drogen-Strategie in Afghanistan erfuhr, dauerte es nicht lange, bis Einzelheiten unseres Plans auch in die Hände anderer Länder gerieten, welche die Ansichten des Pentagons teilten. Ich habe auch noch andere besorgniserregende Geschichten über geheime Informationen gehört, die über Lecks an die Presse gelangten.

**Viele von Cheneys und Rumsfelds Spezis arbeiten immer noch im Pentagon und anderswo. Rumsfelds Nachfolger Robert M. Gates redet viel von Amerikas "Soft Power", von der Fähigkeit, andere Länder durch unser gutes Beispiel, unsere Kultur und unsere Werte zu gewinnen, aber bisher sind diesem verbalen Vorschlag zur Wiederherstellung ziviler Einflussmöglichkeiten kaum Taten gefolgt. Gates könnte ernsthaft versuchen, von der ausufernden Rolle des Militärs wegzukommen, aber viele seiner Untergebenen wollen das nicht.**

**Die Eingriffe innerhalb der Grenzen Amerikas setzten sich fort mit der wachsenden Beteiligung der Militärs an der Überwachung im Innern und seinen Versuchen, den Bundesgerichten die Überprüfung von Urteilen gegen Gefangene (des Militärs) wegzunehmen. Das Pentagon widersetzte sich auch jeder Überwachung seiner extensiven Spionagetätigkeit durch John D. Negroponte, den Ersten Direktor der Nationalen Geheimdienste, der früher für das Außenministerium gearbeitet hat und seinen Posten für Mike McConnell, einen ehemaligen Admiral der Navy, räumen musste. Die Bush-Administration hat auch Michael V. Hayden, einen Vier-Sterne-General der Air Force, zum Direktor der CIA ernannt. Der Nationale Sicherheitsberater Stephen J. Hadley musste zulassen, dass die Verantwortung für die begleitende Politik zu den Kriegen im Irak und in Afghanistan – die sicher zu seinen Aufgaben gehörte – an Lt. Gen. (Generalleutnant) Douglas E. Lute, Bushs neuen "Kriegs-Zaren", übertragen wurde. Im Jahr 2008 kontrollierte das Militär einen großen Anteil des nationalen Sicherheitsapparates.**

Anfang des laufenden Jahres eröffnete das Pentagon eine neue Front im Süden, als es versuchte, die neue Merida-Initiative zu dominieren; dabei handelt es sich um ein viel ver-

sprechendes 400 Millionen-Dollar-Programm, mit dem Mexiko im Kampf gegen die Drogenkartelle unterstützt werden soll. Trotz der verdienstvollen Anstrengungen des Bundes-Drogenbeauftragten John P. Walters, das Weiße Haus auf die zivile, der Polizei übertragene Komponente der Merida-Initiative zu orientieren, ist das Militär dabei, auch dieses Programm auf weite Strecken zu ruinieren.

Jetzt plant das Pentagon, bis zum Jahr 2011 rund 20.000 US-Soldaten im eigenen Land bereitzustellen – angeblich zur Unterstützung lokaler Stellen oder Bundesbehörden bei terroristischen Anschlägen oder Katastrophen. Aber deren Auftrag könnte von der Unterstützung in Notfällen leicht auf Grenzkontrollen, Informationsbeschaffung und eigentlich von der Polizei zu leistende Operationen ausgeweitet werden, womit der Posse Comitatus Act (das Verbot, die US-Streitkräfte ohne Einverständnis des Kongresses gegen US-Bürger einzusetzen) ausgehebelt wäre, ein bewährtes Gesetz, das die Übertragung von Polizeiaufgaben auf das Militär stark einschränkt. **Die Generäle dominieren also nicht nur die Regierungsaktivitäten im Ausland, an unseren Grenzen und in Washington selbst, sie beabsichtigen offensichtlich, ihren dominierenden Einfluss auf das ganze Staatsgebiet der USA auszudehnen.**

Wenn der gewählte Präsident Obama diese Absicht durchkreuzen will, muss er vier Maßnahmen ergreifen – und das sehr schnell:

1. Er muss Gates, Jones, Blair und anderen Militärs in seinem Kabinett die Anweisung erteilen – oder noch besser – ihnen befehlen, die unteren Ränge im Pentagon von Rumsfeld-Anhängern zu säubern, die nur den Auftrag hatten, die Macht des Pentagons zu vergrößern.
2. Er muss Gates dazu bringen, nicht nur über "Soft Power" zu reden, sondern sie auch umzusetzen, indem er das dafür notwendigen Geld vom Pentagon auf das Außen-, Justiz und Entwicklungshilfeministerium überträgt.
3. Er muss bewährte, angesehene Zivilisten – und nicht Militärs, die noch aktiv oder im Ruhestand sind – in Schlüsselpositionen der Geheimdienste und des Nationalen Sicherheitsrats berufen.
4. Er muss den von ihm Berufenen, die aus dem Militär kommen, schnell und unmissverständlich klar machen, dass er nach der Verfassung ihr Kommandeur ist, und dass er die bewährten (einschläfernden) Lippenbekenntnisse angeblicher Loyalität gegenüber zivilen Autoritäten und sogar gegenüber dem Präsidenten Bush, die in den letzten vier Jahren üblich waren, nicht mehr tolerieren wird.

**Kurz gesagt, Obama sollte wieder die Regierung übernehmen, bevor er und wir (von den Militärs) verschlungen werden, und dem Volk der Vereinigten Staaten seine von Zivilisten geführte Regierung zurückgeben.**

*Thomas A. Schweich diente in der Bush-Administration als Beauftragter zur Drogenbekämpfung in Afghanistan und als stellvertretender Staatssekretär für internationale Strafverfolgungsangelegenheiten im Außenministerium .*

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

## **Unser Kommentar**

*Schon der frühere US-Präsident Dwight D. Eisenhower, der als führender US-General maßgeblich zur Niederlage der Wehrmacht in Westeuropa beigetragen hat, warnte 1961 in seiner Abschiedsrede vor den Gefahren, die ein einflussreicher militärisch-industrieller Komplex für die USA heraufbeschwören könnte.*

*Jetzt hofft dieser militärisch-industrielle Komplex offenbar, die USA mit Hilfe führender US-Militärs durch einen schleichenden Militärputsch in eine Militärdiktatur verwandeln zu können. (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_08/LP21408\\_051108.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP21408_051108.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_08/LP26208\\_271208.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP26208_271208.pdf).)*

*Ähnliche Befürchtungen äußert der linke US-Autor Bill Van Auken in dem Artikel "Obama, das Militär und die Gefahr von Diktatur", der in deutscher Sprache unter <http://www.wsws.org/de/2008/dez2008/obam-d24.shtml> nachzulesen ist.*

*Wir fragen uns, welche Druckmittel die US-Militärs in unserem Land anwenden, damit unsere Politiker und Juristen ihrem verfassungswidrigen Treiben tatenlos zusehen?*

*Die Bundesrepublik muss sich endlich von der immer aggressiver werdenden Außenpolitik der USA und der NATO abkoppeln. Die US-Basen in der Bundesrepublik und der deutsche Luftraum dürfen nicht mehr für laufende und kommende völkerrechts- und verfassungswidrige US-Angriffskriege zur Verfügung stehen, und die Bundeswehr muss sofort alle Auslandseinsätze einstellen.*

*Das Stationierungsabkommen, das NATO-Truppenstatut und das Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut sind umgehend zu kündigen, damit Deutschland vor der Weltöffentlichkeit dokumentieren kann, dass es sich nicht wieder in Eroberungskriege einer Militärdiktatur verstricken lässt.*

---

washingtonpost.com

### **The Pentagon is muscling in everywhere. It's time to stop the mission creep.**

By Thomas A. Schweich  
Sunday, December 21, 2008; B01

We no longer have a civilian-led government. It is hard for a lifelong Republican and son of a retired Air Force colonel to say this, but the most unnerving legacy of the Bush administration is the encroachment of the Department of Defense into a striking number of aspects of civilian government. Our Constitution is at risk.

President-elect Barack Obama's selections of James L. Jones, a retired four-star Marine general, to be his national security adviser and, it appears, retired Navy Adm. Dennis C. Blair to be his director of national intelligence present the incoming administration with an important opportunity -- and a major risk. These appointments could pave the way for these respected military officers to reverse the current trend of Pentagon encroachment upon civilian government functions, or they could complete the silent military coup d'etat that has been steadily gaining ground below the radar screen of most Americans and the media.

While serving the State Department in several senior capacities over the past four years, I witnessed firsthand the quiet, de facto military takeover of much of the U.S. government. The first assault on civilian government occurred in faraway places -- Iraq and Afghanistan -- and was, in theory, justified by the exigencies of war.

The White House, which basically let the Defense Department call the budgetary shots, vastly underfunded efforts by the State Department, the Justice Department and the U.S. Agency for International Development to train civilian police forces, build functioning judicial systems and provide basic development services to those war-torn countries. For example, after the 2003 invasion of Iraq, the Justice Department and the State Department said that they needed at least 6,000 police trainers in the country. Pentagon officials told some of my former staffers that they doubted so many would be needed. The civilians' recommendation "was quickly reduced to 1,500 [trainers] by powers-that-be above our pay grade," Gerald F. Burke, a retired major in the Massachusetts State Police who trained Iraqi cops from 2003 to 2006, told Congress last April. Just a few hundred trainers ultimately wound up being fielded, according to Burke's testimony.

Until this year, the State Department received an average of about \$40 million a year for rule-of-law programs in Afghanistan, according to the department's Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs -- in stark contrast to the billions that the Pentagon got to train the Afghan army. Under then-Defense Secretary Donald H. Rumsfeld, the Defense Department failed to provide even basic security for the meager force of civilian police mentors, rule-of-law advisers and aid workers from other U.S. agencies operating in Afghanistan and Iraq, driving policymakers to turn to such contracting firms as Blackwater Worldwide. After having set the rest of the U.S. government up for failure, military authorities then declared that the other agencies' unsuccessful police-training efforts required military leadership and took them over -- after brutal interagency battles at the White House.

The result of letting the Pentagon take such thorough charge of the programs to create local police forces is that these units, in both Iraq and Afghanistan, have been unnecessarily militarized -- producing police officers who look more like militia members than ordinary beat cops. These forces now risk becoming paramilitary groups, well armed with U.S. equipment, that could run roughshod over Iraq and Afghanistan's nascent democracies once we leave.

Or consider another problem with the rising influence of the Pentagon: the failure to address the ongoing plague of poppy farming and heroin production in Afghanistan. This fiasco was in large part the result of the work of non-expert military personnel, who discounted the corrosive effects of the Afghan heroin trade on our efforts to rebuild the country and failed to support civilian-run counter-narcotics programs. During my tenure as the Bush administration's anti-drug envoy to Afghanistan, I also witnessed JAG officers hiring their own manifestly unqualified Afghan legal "experts," some of whom even lacked law degrees, to operate outside the internationally agreed-upon, Afghan-led program to bring impartial justice to the people of Afghanistan. This resulted in confusion and contradiction.

One can also see the Pentagon's growing muscle in the recent creation of the U.S. military command for Africa, known as Africom. This new command supposedly has a joint civilian-military purpose: to coordinate soft power and traditional hard power to stop al-Qaeda and its allies from gaining a foothold on the continent. But Africom has gotten a chilly reception in post-colonial Africa. Meanwhile, U.S. competitors such as China are pursuing large African development projects that are being welcomed with open arms. Since the Bush administration has had real successes with its anti-AIDS and other health programs in Africa, why exactly do we need a military command there running civilian reconstruction, if not to usurp the efforts led by well-respected U.S. embassies and aid officials?

And, of course, I need not even elaborate on the most notorious effect of the military's growing reach: the damage that the military tribunals at Guantanamo Bay, Cuba, and such military prisons as Abu Ghraib have done to U.S. credibility around the world.

But these initial military takeovers of civilian functions all took place a long distance from home. "We are in a war, after all," Ronald Neumann, a former U.S. ambassador to Afghanistan, told me by way of explaining the military's huge role in that country -- just before the Pentagon seemingly had him removed in 2007 because of his admirable efforts to balance military and civilian needs. (I heard angry accounts of the Pentagon's role in Neumann's "retirement" at the time from knowledgeable diplomats, one of them very senior.) But our military forces, in a bureaucratic sense, soon marched on Washington itself.

As military officers sought to take over the role played by civilian development experts abroad, Pentagon bureaucrats quietly populated the National Security Council and the State Department with their own personnel (some civilians, some consultants, some retired officers, some officers on "detail" from the Pentagon) to ensure that the Defense Department could keep an eye on its rival agencies. Vice President Cheney, himself a former secretary of defense, and his good friend Rumsfeld ensured the success of this seeding effort by some fairly forceful means. At least twice, I saw Cheney staffers show up unannounced at State Department meetings, and I heard other State Department officials grumble about this habit. The Rumsfeld officials could play hardball, sometimes even leaking to the press the results of classified meetings that did not go their way in order to get the decisions reversed. After I got wind of the Pentagon's dislike for the approved interagency anti-drug strategy for Afghanistan, details of the plan quickly wound up in the hands of foreign countries sympathetic to the Pentagon view. I've heard other, similarly troubling stories about leaks of classified information to the press.

Many of Cheney's and Rumsfeld's cronies still work at the Pentagon and elsewhere. Rumsfeld's successor, Robert M. Gates, has spoken of increasing America's "soft power," its ability to attract others by our example, culture and values, but thus far, this push to reestablish civilian leadership has been largely talk and little action. Gates is clearly sincere about chipping away at the military's expanding role, but many of his subordinates are not.

The encroachment within America's borders continued with the military's increased involvement in domestic surveillance and its attempts to usurp the role of the federal courts in reviewing detainee cases. The Pentagon also resisted ceding any authority over its extensive intelligence operations to the first director of national intelligence, John D. Negroponte -- a State Department official who eventually gave up his post to Mike McConnell, a former Navy admiral. The Bush administration also appointed Michael V. Hayden, a four-star Air Force general, to be the director of the CIA. National Security Adviser Stephen J. Hadley saw much of the responsibility for developing and implementing policy on the wars in Iraq and Afghanistan -- surely the national security adviser's job -- given to Lt. Gen. Douglas E. Lute, Bush's new "war czar." By 2008, the military was running much of the national security apparatus.

The Pentagon opened a southern front earlier this year when it attempted to dominate the new Merida Initiative, a promising \$400 million program to help Mexico battle drug cartels. Despite the admirable efforts of the federal drug czar, John P. Walters, to keep the White House focused on the civilian law-enforcement purpose of the Merida Initiative, the military runs a big chunk of that program as well.

Now the Pentagon has drawn up plans to deploy 20,000 U.S. soldiers inside our borders by 2011, ostensibly to help state and local officials respond to terrorist attacks or other ca-

tastrophes. But that mission could easily spill over from emergency counterterrorism work into border-patrol efforts, intelligence gathering and law enforcement operations -- which would run smack into the Posse Comitatus Act, the long-standing law restricting the military's role in domestic law enforcement. So the generals are not only dominating our government activities abroad, at our borders and in Washington, but they also seem to intend to spread out across the heartland of America.

If President-elect Obama wants to reverse this trend, he must take four steps -- and very quickly:

1. Direct -- or, better yet, order -- Gates, Jones, Blair and the other military leaders in his Cabinet to rid the Pentagon's lower ranks of Rumsfeld holdovers whose only mission is to increase the power of the Pentagon.
2. Turn Gates's speeches on the need to promote soft power into reality with a massive transfer of funds from the Pentagon to the State Department, the Justice Department and USAID.
3. Put senior, respected civilians -- not retired or active military personnel -- into key subsidiary positions in the intelligence community and the National Security Council.
4. Above all, he should let his appointees with military backgrounds know swiftly and firmly that, under the Constitution, he is their commander, and that he will not tolerate the well-rehearsed lip service that the military gave to civilian agencies and even President Bush over the past four years.

In short, he should retake the government before it devours him and us -- and return civilian-led government to the people of the United States.

*Thomas A. Schweich served the Bush administration as ambassador for counter-narcotics in Afghanistan and deputy assistant secretary of state for international law enforcement affairs.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**